

Georgien setzt EU-Beitrittsgespräche für 4 Jahre aus wegen Erpressung

Georgien setzt EU-Beitrittsgespräche für vier Jahre aus und beschuldigt die EU politischer Erpressung. Diese Entscheidung führt zu Protesten und heftiger Kritik der Opposition.



Tiflis, Georgien – Am Donnerstag gab Premierminister Irakli Kobakhidze bekannt, dass Georgien seine Gespräche über den Beitritt zur Europäischen Union für die nächsten vier Jahre aussetzen wird. Er begründete diese Entscheidung mit „Erpressung und Manipulation“ durch einige Politiker innerhalb der EU. Die Ankündigung sorgte für Aufruhr in der Opposition und führte zu einer neuen Welle von Protesten.

Hintergrund der Entscheidung

Kobakhidze's Ankündigung erfolgte nur wenige Stunden, nachdem er von den Mitgliedern der regierenden Partei Georgische Traum erneut in sein Amt berufen wurde, nachdem

diese bei den umstrittenen Parlamentswahlen im vergangenen Monat gesiegt hatte, was massive Demonstrationen und einen Boykott des Parlaments durch die Opposition zur Folge hatte. Die Wahl am 26. Oktober wurde als Referendum über die Bestrebungen des Landes zur EU-Mitgliedschaft betrachtet. Die Opposition behauptete, die Wahlen seien unter dem Einfluss Russlands manipuliert worden, um Georgien in seiner Einflusssphäre zu halten, und rief zu einem Boykott des Parlaments auf.

Wahlen und internationale Beobachtungen

Europäische Wahlbeobachter berichteten von einem gespaltenen Klima, in dem es zu Bestechung, Doppelabstimmungen und körperlicher Gewalt gekommen war. Die EU hatte Georgien im Dezember 2023 den Kandidatenstatus verliehen, jedoch den Beitrittsprozess auf Eis gelegt und die finanzielle Unterstützung aufgrund eines als Schlag gegen die demokratischen Freiheiten beurteilten „Gesetzes über ausländischen Einfluss“ gekürzt.

Zukunft der EU-Beziehungen

Kobakhidze erklärte, dass Georgien zwar weiterhin seine Bestrebungen zur EU-Mitgliedschaft verfolgen werde, jedoch „die Eröffnung von Verhandlungen mit der Europäischen Union bis Ende 2028 nicht auf die Agenda setzen“ werde. Zudem wies er alle Haushaltszuschüsse der Europäischen Union bis Ende 2028 zurück.

Proteste in Tiflis und anderen Städten

Nach Kobakhidzes Ankündigung strömten Tausende von Protestierenden auf die Straßen, versammelten sich vor dem Parlamentsgebäude in Tiflis und organisierten Demonstrationen in anderen Städten. Am selben Tag verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution, die die Parlamentswahl

in Georgien als weder frei noch fair bezeichnete und die fortwährende demokratische Erosion kritisierte, für die die regierende Partei Georgischer Traum verantwortlich sei.

Reaktionen des Premierministers

Der georgische Premierminister wies die Kritik zurück und bezeichnete die Äußerungen der EU-Politiker als „eine Kaskade von Beleidigungen“. Er erklärte, dass „die Widersacher unseres Landes das Europäische Parlament in eine stumpfe Waffe der Erpressung gegen Georgien verwandelt haben, was eine große Schande für die Europäische Union darstellt.“ Kobakhidze betonte: „Wir werden unseren Weg zur Europäischen Union fortsetzen; jedoch werden wir es nicht zulassen, dass uns jemand in einen ständigen Zustand der Erpressung und Manipulation hält.“

Vorwürfe gegen die Regierungspartei

Kritiker werfen der Partei Georgischer Traum, die von Bidzina Ivanishvili, einem undurchsichtigen milliardenschweren Geschäftsmann, gegründet wurde, vor, zunehmend autoritär zu agieren und sich Moskau zuzuwenden. Die Partei hat jüngst Gesetze durchgesetzt, die denen des Kremls ähneln und gegen die Meinungsfreiheit sowie die Rechte der LGBTQ-Community gerichtet sind.

Künftige politische Entwicklung

Während einer Ansprache im Parlament beschreibt Kobakhidze die parlamentarische Wahl des letzten Monats als „auch ein Referendum zwischen unmoralischer Propaganda und traditionellen Werten, und unsere Gesellschaft hat sich für traditionelle Werte entschieden.“ Die EU setzte den Beitrittsprozess Georgiens im Juni vorübergehend aus, nachdem das Parlament ein Gesetz verabschiedet hatte, das Organisationen, die mehr als 20% ihrer Finanzierung aus dem

Ausland erhalten, dazu zwingt, sich als „im Interesse einer fremden Macht tätig“ zu registrieren.

Reaktionen der Präsidentin

Die Präsidentin Salome Zourabichvili, deren sechsjährige Amtszeit nächsten Monat endet, hat die offiziellen Wahlergebnisse zurückgewiesen und die Legitimität des Parlaments nicht anerkannt. In einer Ansprache an die Nation denunzierte sie die Entwicklungen als „Staatsstreich“, der darauf abziele, das Land von Europa weg und hin zu Russland zu führen. Sie beschuldigte die regierende Partei, „einen Krieg gegen unsere Zukunft, die Zukunft unserer Gesellschaft und die Zukunft unseres Landes“ zu führen.

Ausblick und bevorstehende Wahlen

Zourabichvili wurde durch die Volkswahl gewählt, doch hat Georgien verfassungsrechtliche Änderungen beschlossen, die die direkte Wahl des Präsidenten abschafften. Stattdessen wird der Präsident künftig von einem 300-köpfigen Wahlkollegium gewählt, das aus Mitgliedern des Parlaments, der Gemeinderäte und der regionalen Gesetzgebenden besteht. Am Mittwoch nominierte die regierende Partei Mikheil Kavelashvili, einen 53-jährigen ehemaligen Nationalspieler und Premier-League-Spieler, für das Präsidentenamt, der voraussichtlich die Wahl am 14. Dezember gewinnen wird, da das Kollegium von der regierenden Partei kontrolliert wird.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at